

Staatskanzlei

Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Regierungsrat macht Vorschläge zur Masseneinwanderungsinitiative**

Solothurn, 29. August 2017 – Damit die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden kann, müssen verschiedene Verordnungen des Bundes angepasst werden. Der Regierungsrat unterstützt dabei die Stossrichtung des Bundes, er schlägt aber Anpassungen vor.

Fünf Verordnungen müssen angepasst werden, damit die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden kann. Der Regierungsrat ist grundsätzlich mit den Änderungsvorschlägen des Bundes einverstanden.

Er schlägt jedoch folgende Anpassungen vor:

- Bei Berufsarten, die von überhöhter Arbeitslosigkeit betroffen sind, soll der Schwellenwert heraufgesetzt werden. Der Bund schlägt einen Schwellenwert von 5% vor, der Regierungsrat verlangt 8%. Damit könnte zumindest in einer Einführungsphase die Liste der meldepflichtigen Berufsarten reduziert werden. Das würde den bürokratischen Aufwand bei den Betrieben, aber auch bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung wesentlich reduzieren.
- Ferner schlägt der Regierungsrat eine Änderung bei der Stellenmeldepflicht vor. Familienmitglieder, die in der Seitenlinie verwandt und verschwägert sind, sollen nicht als Ausnahmen gelten. Dabei handelt es sich um Brüder, Schwestern und deren Lebenspartner, usw.. Als Familienangehörige in der direkten Linie gelten Eltern, Kinder, Grosskinder.